

15.35

**Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl** (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir behandeln jetzt zwei Anträge, die sich im Wesentlichen mit der Situation der Studierenden während der Pandemie beschäftigen. Der eine Antrag, der Antrag von Kollegin Künsberg Sarre, fordert von der Bundesregierung, dass man sich mit den Auswirkungen von Distancelearning und den finanziellen Folgen der Phase der Pandemie auf die Studierenden näher beschäftigen soll, und zwar in einer eigenen Studie. Ich denke, dass es das tatsächlich wert wäre, da genauer hinzuschauen, weil die Studierenden in den letzten Semestern, in der Phase der Pandemie wirklich sehr, sehr stark beeinträchtigt waren. Die meisten Studierenden haben vier Semester einfach zu Hause hinter dem Laptop verbracht, manche, die in dieser Phase zu studieren begonnen haben, haben von Anfang an ihre Universität gar nicht gesehen. Es war in weiten Bereichen eine Phase an den Universitäten, die nicht so stattgefunden hat, wie wir uns Studieren vorstellen – Auseinandersetzung, Diskussion, Vernetzung, Austausch –, sondern eben sehr stark reduziert, zu Hause im Distancelearning, in der Einsamkeit mit dem Computer, auf sich zurückgeworfen.

Dazugekommen ist, und das wird auch in diesem Antrag erwähnt, dass vielen Studierenden in dieser Phase auch noch die Jobs weggebrochen sind, das heißt, dass das auch noch finanziell eine belastende Phase für die Studierenden war. Ich denke, das ist eine Gemengelage, die es wirklich wert wäre, dass da genauer hingeschaut wird und dass man sich – wie auch in dem Antrag gefordert – damit auseinandersetzt, wie sich diese Phase auf die Bildungschancen der jungen Menschen ausgewirkt hat.

Das ist im Ausschuss diskutiert worden, der Antrag ist im Ausschuss von den Regierungsparteien abgelehnt worden, mit dem Hinweis darauf, dass das im nächsten Bericht zur sozialen Lage der Studierenden behandelt werden soll, der aussteht.

Der Bericht zur sozialen Lage ist ein Bericht, der sich in regelmäßigen Abständen eben mit der sozialen Situation der Studierenden auseinandersetzt. Das ist immer ein sehr hilfreicher Bericht gewesen, aber wir denken, dass dieses Anliegen, sich die Situation während der Pandemie anzuschauen, es wert wäre, gesondert und nicht in einem Unterkapitel dieses Berichts behandelt zu werden, daher unterstützen wir diesen Antrag so, wie er ist. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir in den letzten Monaten gelernt haben, dass in ÖVP-geführten Ressorts sehr viel Geld in Studien zu absurden Themen investiert wurde. Ich denke, das wäre ein Anliegen, bei dem jeder Euro gut investiert wäre, und daher unterstützen wir das. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abgeordneten Künsberg Sarre und Scherak.)*

Der zweite Antrag ist ein Antrag der Freiheitlichen Partei, in dem es darum geht, dass ein Gesetz, das gemacht wurde, um die Hochschulen zu ermächtigen, Schutzmaßnahmen individuell festzulegen, abgeschafft werden soll. Wir denken, angesichts der Zahlen ist es weiterhin sinnvoll, dieses Gesetz zu haben. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir uns schon von Ihrem Vorgänger, Herr Bundesminister, erwartet hätten, dass es mehr Unterstützung und auch mehr Aufforderung an die Universitäten gibt, die Situation der Studierenden auch in dieser Phase zu verbessern. Wir hoffen, dass es nicht mehr zu so schwierigen Situationen kommt, aber wenn, dann erhoffen wir uns von Ihnen mehr Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

15.39

**Präsident Mag. Wolfgang Sobotka:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Smolle. – Bitte sehr.